

ENTSTEHUNG DES STAATES

Fragen

Welche gesellschaftliche Struktur hatte die menschliche Gesellschaft, bevor es Staaten gab? Wie sind Staaten entstanden? Warum sind Staaten entstanden? War es für den Fortschritt der Menschheit notwendig, daß Staaten entstanden sind? Welche Funktion hatte das Eigentum?

Thesen

Die Struktur der vor-staatlichen, herrschaftsfreien Gesellschaft ist durch die Elemente *Freiwilligkeit*, *Eigentum* und *Recht* gekennzeichnet. Staaten entstehen nicht aus sozialer Notwendigkeit, sondern aus Eroberungskriegen mit dem Ziel, die Unterworfenen auszubeuten.

Inspiration

Pierre Clastres, *La Société contre l'Etat* (1974) · Robert C. Ellickson, *Order without Law* (1991) · John Ford, *The Man Who Shot Liberty Valance* (1962) · Hans-Herrmann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (1987) · I.M. Lewis, *A Pastoral Democracy* (1961) · Christian Michel, *The Class Struggle is Not Over* (1998) · Friedrich Nietzsche, *Zur Genealogie der Moral* (1887) · Albert Jay Nock, *Our Enemy, the State* (1935) · Franz Oppenheimer, *Der Staat* (1908) · Pierre-Joseph Proudhon, *Theorie des Eigentums* (1863) · Murray Rothbard, *Die Ethik der Freiheit* (1982) · Elman Service, *Ursprünge des Staates und der Zivilisation* (1975) · Christian Sigrist, *Regulierte Anarchie* (1994) · Frans de Waal, *Bonobos* (1997)

Motto

»Auch Räuberbanden sind nichts anderes als kleine Reiche. ... Wenn dies üble Gebilde ... ins Große wächst, daß Ortschaften besetzt, Niederlassungen gegründet, Städte erobert, Völker erobert werden, nimmt es ohne weiteres den Namen Reich an.«

Augustinus

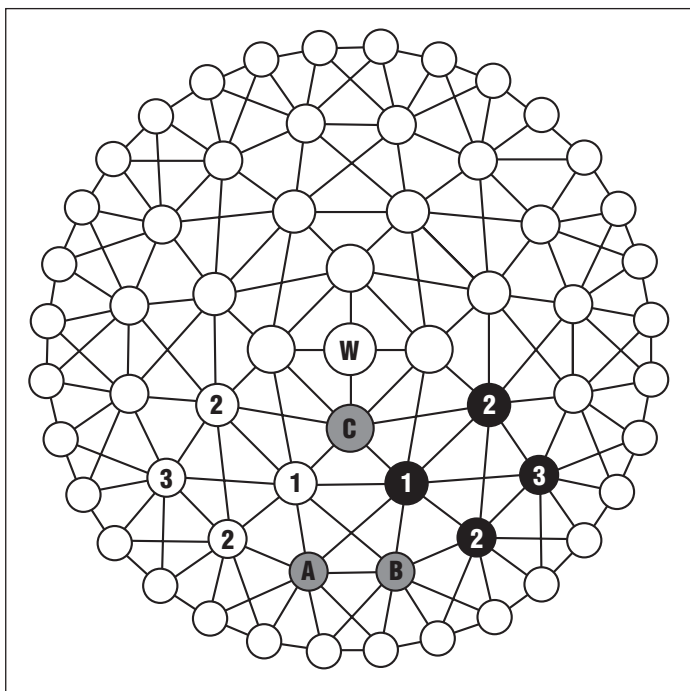
Klassenlose Gesellschaft

Rudimente klassenloser Gesellschaften gibt es noch heute. Es geht nicht um die Frage, ob wir uns vorstellen können, »wieder« wie die Ureinwohner Afrikas, Amerikas, Asiens, Australiens oder Europas zu leben. Es geht um die Tatsache, daß die Menschen sich zunächst nicht horizontal geschichtet, also hierarchisch organisiert, sondern vertikal untergliedert, gleichsam »segmentiert« haben. In diesen **segmentären Gesellschaften** fehlen Herrschaft und staatliche Zentralinstanz nicht als Defizit, weil sie der gesellschaftlichen Organisation nicht fähig waren oder weil bei ihnen niemand zur Macht gestrebt hätte. Vielmehr wurden die Menschen von den gleichen Leidenschaften angetrieben, die sie heute antreiben. Dazu gehörte auch das Streben nach Macht und Einfluß. In der segmentären Gesellschaft leisteten die Menschen erfolgreich **Widerstand** gegen die Herausbildung von hierarchischen Machtstrukturen. Dieser Widerstand heißt ethnologisch **segmentäre Opposition** (nach Christian Sigrist, Regulierte Anarchie, 1967/1979/1994).

Die Voraussetzung für die »segmentäre Opposition« ist das System der Verwandtschaft: Jeder ist irgendwie mit jedem im Stamm verwandt.

Bei Streitigkeiten – sei es, daß es darum geht, ob jemand einem anderen ein Stück Vieh gestohlen hat, sei es, daß jemand sich von einem anderen ungerechtfertigt dominiert sieht – treten stets gleich starke »Segmente« gegenüber. Oder anders gesagt: Wenn eine Gruppe in Gefahr steht, zu unterliegen, kommen ihr so viele weitere Verwandte zu Hilfe, bis sie mit ihren Widersachern gleich stark ist. Da alle mit allen verwandt sind, heißt dies im Extremfall, daß bei drohendem Unterliegen einer Gruppe solche Verwandte aus der anderen Gruppe die Seite wechseln, die über eine hinreichende verwandschaftliche Nähe zu der unterliegenden Gruppe verfügen.

Das System ist in der nebenstehenden Grafik als eine Kugel von verbundenen Kugeln dargestellt. Jede Kugel ist eine Person (oder ein Haushalt). Die Verbindungslinien stellen



das Netzwerk verwandschaftlicher Beziehungen dar. Nehmen wir an, die beiden Personen mit der Nummer 1 hätten einen Streit: Weiß-1 beschuldigt Schwarz-1, ihr eine Kuh gestohlen zu haben. Weiß-1 ist jedoch nicht kräftig genug, um sie Schwarz-1 wieder abzunehmen. Sie versichert sich der Unterstützung von zwei Verwandten (Weiß-2). Nun sind sie zu dritt und stärker als Schwarz-1. Die Weißen beschränken sich nicht auf die Wiederbeschaffung der Kuh, sondern nehmen aus Rache zusätzlich eine weitere Kuh von Schwarz-1. Nun fühlt sich Schwarz-1 als Opfer und ruft ihrerseits ihre Verwandten, Schwarz-2, zu Hilfe. Außerdem bitten die Schwarzen, um auch wirklich stark genug zu sein, Schwarz-3 um Unterstützung. Doch auch die Weißen holen noch eine zusätzliche Verwandte, Weiß-3, mit ins Boot.

Das Grundprinzip der »segmentären Opposition« lautet:

- In jedem Konflikt treten Segmente von gleicher Stärke in Opposition zueinander.
- Darum ist es für ein Segment nie möglich, ein anderes zu erobern und dauerhaft zu unterwerfen, denn die Opferseite erhält jeweils so lange Hilfe von weiteren Verwandten, wie sie sich glaubhaft als Opfer darstellen kann.

Aus diesem Grundprinzip leitet sich ab, daß die »segmentäre Opposition« auf Verteidigung beschränkt ist. Das hat zwei Gründe. Für den ersten Grund sehen wir uns die Position von Weiß-3 und Schwarz-3 an. Ihre verwandschaftliche Bindung zu den Akteuren des ursprünglichen Konfliktes ist geringer als die der vier Personen mit der Nummer 2. Die Personen mit der Nummer 3 werden ihren Verwandten, Weiß-1 und Schwarz-1, nur helfen, wenn sie jeweils einen guten Grund vorbringen.

Für den zweiten Grund werfen wir einen Blick auf zwei andere Akteure im verwandschaftlichen Netz, Grau-A und Grau-B. Weiß-3 gibt ihrer Verwandten Weiß-1, die bei ihr um Unterstützung nachfragt, vielleicht den Rat, sich an Grau-A zu wenden, die näher mit ihr verwandt sei. Doch Grau-A wird zögern, Weiß-1 zu helfen, da sie auch eine starke verwandschaftliche Verbundenheit zu der Gegenseite hat, nämlich Schwarz-1. Ebenso würde Grau-B aufgrund ihrer Bindungen zu Weiß-1 ungern Schwarz-1 zu Hilfe eilen. Aber mehr noch: Würde Grau-A die Weißen unterstützen und Grau-B die Schwarzen, würden sie, die engstens miteinander verwandt sind, gegeneinander antreten müssen.

Weil in der segmentären Gesellschaft jeder mit jedem verwandt ist, ist es in der Tat ausschließlich möglich, verwandschaftliche Unterstützung für den Verteidigungsfall zu erlangen. Würde jemand einem anderen helfen, eine dritte Person zum Opfer zu machen, würde sie helfen, einen Verwandten zu schädigen. Dies wäre in der Ethik der Stammesgesellschaft ein schlimmes Vergehen.

Es gibt durchaus Stammesgesellschaften, die sich mit dem Prinzip der »segmentären Opposition« in ständigen Auseinandersetzungen befinden. Diese Auseinandersetzungen führen

jedoch nicht zur Herausbildung einer stabilen politischen Hierarchie und zu einer staatlichen Struktur der Dominanz einer Gruppe.

Viele segmentäre Gesellschaften jedoch entwickeln einen zusätzlichen Mechanismus, der die Auseinandersetzungen begrenzt. Sehen wir uns die Position von Grau-C an. Diese Person ist gleich eng mit Weiß-1 und Schwarz-1 verwandt. Ihr Interesse ist es, sich nicht für eine Seite entscheiden zu müssen. Vielmehr bevorzugt Grau-C eine friedliche Lösung des Konfliktes. Aus diesem Grund rät sie den beiden Konfliktpartnern, sich an eine weise Frau oder einen weisen Mann (»W«) zu wenden.

Weil in der »segmentären Opposition« niemand in einem Konflikt »gewinnen« kann, ergibt sich daraus eine starke Motivation, Konflikte friedlich durch Spezialisten der Mediation zu lösen. Diese Spezialisten sind die »Richter«.

Die »Richter« bleiben allerdings Teil der segmentären Organisation der Gesellschaft. Sie verfügen über keine Macht, ihren Spruch durchzusetzen. Ihre Aufgabe ist es, die Konfliktpartner zu überzeugen und zu einem von allen akzeptierten Ergebnis zu kommen. Falls sie einseitig entscheiden würden, würde das Opfer Hilfe seiner Verwandten erhalten, die sich notfalls auch gegen den Richter stellen würden. Darum kann ein »Richter« niemals eine herrschende Position erlangen.

Die Anarchie der segmentären Gesellschaft ist ein System der Selbstregulation des verwandtschaftlichen Netzwerkes. Die Funktion der »segmentären Opposition«, also des verwandtschaftlichen Netzes, ist Widerstand gegen Eroberung und Unterwerfung, Widerstand gegen die Herausbildung einer stabilen Hierarchie und einer staatlichen Struktur.

Die Beschreibung der Struktur und der Funktion von Verwandtschaftssystemen durch die Sozialanthropologie wird in der **Ethnologie** kaum in Frage gestellt. Sie bezog sich zwar zunächst nur auf afrikanische Gesellschaften, jedoch ließ sie sich ebenso auf Indianergesellschaften oder Südseeesellschaften und auf afghanische Stämme anwenden. Auch die Entwicklung in Somalia – (die Weigerung der Stämme, nach

dem Sieg über die Diktatur eine Regierung zu bilden) – ist ein Beispiel für die Funktionsfähigkeit der »segmentären Opposition«. Einige kanadische Indianer wehren sich ebenso dagegen, durch wohlmeinende Regierungsbehörden ein herrschaftliches System aufgezwungen zu bekommen. Das germanische und keltische Recht – besonders lange erhalten in Irland – sowie einige Aspekte im Mittelalter können als klassenlos, herrschaftsfrei und segmentär bezeichnet werden. Eine besonders interessante Anwendung findet die Theorie der segmentären Gesellschaften in der historischen Bibelinterpretation: Das Israel in der Zeit der »Richter« war offensichtlich eine Gesellschaft ohne Staat.

Die Sozialanthropologie beschreibt die Strukturen der segmentären Gesellschaften hinsichtlich ihrer **Funktion**. Der Schritt, der darüber hinaus notwendig ist, besteht darin, eine Interpretation hinsichtlich der **Intention** vorzunehmen. Die Intention der durch »segmentäre Opposition« strukturierten Gesellschaft ist der **Widerstand**. Segmentäre Gesellschaften verhindern – nach Sigrist – durch Widerstand *bewußt* die Entstehung von Herrschaft.

In der funktionalen Betrachtungsweise besteht noch kein wesentlicher Unterschied zwischen einer Ameisenpopulation und einer menschlichen Gesellschaft. Erst mit einer intentionalen Interpretation werden die segmentären Gesellschaften zu menschlichen Gesellschaften, die von dem Selbstbewußtsein getragen werden, eine bestimmte Form der Vergesellschaftung zu wollen. Oder anders ausgedrückt: In segmentären Gesellschaften »fehlt« die Herrschaft nicht als Defizit, weil diese Gesellschaften noch nicht hinreichend differenziert und entwickelt sind, sondern sie wählen die Herrschaftslosigkeit und halten bewußt an ihr fest.

Diese Interpretation stimmt mit den Beobachtungen überein: Es ist nicht so, daß die Menschen in den segmentären Gesellschaften keine Neigung dazu hätten, über andere Menschen Überlegenheit zu entwickeln. Ihnen »fehlt« nicht der »Wille zur Macht«. Vielmehr verfügen diese Gesellschaften über Strukturen, um die Machtentfaltung zu begrenzen und

die Entwicklung von zentralen Herrschaftsinstanzen zu verhindern.

Die soziale Struktur der »segmentären Opposition« hält den Zustand, in welchem es keine Zentralinstanz gibt, auf Dauer stabil. Zentrale Instanzen – eben Staaten – können nur entstehen, wenn der Mechanismus der »segmentären Opposition« zusammenbricht.

Eigentum, Autorität, Recht

Eigentum

Das Beispiel, an dem die »segmentäre Opposition« erläutert wurde, zeigt es bereits: Die Aussage, eine Gesellschaft sei klassenlos, darf nicht verwechselt werden mit der Ideologie, diese Gesellschaften würden kein Eigentum kennen.

Schon bei einigen Primaten scheint es eine Art Eigentumsbegriff zu geben. Entgegen der sozialistischen Ansicht richtet sich Eigentum dabei übrigens nicht von den Starken gegen die Schwachen, sondern vielmehr umgekehrt von den Schwachen gegen die Starken. Unter Schimpansen wird das Alpha-Männchen selbst dem Rangniedrigsten seine Beute nicht streitig machen.

Daß die sozialistische Ansicht eine Fehldeutung ist, folgt schon aus der Logik:

Die Starken bedürfen nicht des Eigentums, um das, was sie für sich wollen, zu sichern, denn sie sind ja stark genug, es gegebenenfalls zu verteidigen. Das Eigentum kann demnach ausschließlich den Schwachen dienen, denn es entsteht, indem die Starken ein Verfügungsrecht von Schwachen anerkennen.

In seiner »Theorie des Eigentums« stellte der libertäre Pionier des 19. Jahrhunderts, Pierre-Joseph Proudhon [1809-1865], die historische These auf: »Das Eigentum ist die größte revolutionäre Kraft, die besteht und die sich der öffentlichen Ge-

walt zu widersetzen vermag. ... Wo kann man eine Macht finden, die dieser furchtbaren Macht des Staates die Waage hält? Es gibt keine andere als die des Eigentums. ... Man ... nehme ... dem Eigentum den absolutistischen Charakter ..., man lege ihm Bedingungen auf ...: dann verliert es augenblicklich seine Kraft, dann hat es kein Gewicht mehr.«

Der Eigentumsbegriff ist die Keimzelle und die Voraussetzung für die »segmentäre Opposition«: Als Opfer, das der Unterstützung des verwandschaftlichen Netzes teilhaftig wird, ist derjenige definiert, dessen rechtmäßiges Eigentum (einschließlich der Unversehrtheit seiner Person) angegriffen worden ist. Ohne den Eigentumsbegriff läßt gar kein Opferbegriff definieren, solange es kein positivistisches Staatsrecht gibt.

Richtig allerdings ist, daß sich der Eigentumsbegriff anhand praktischer Gegebenheiten entwickelt. Das heißt, daß nicht bereits für alle Materie, die es gibt, Eigentum bestehen muß. So hat eine Nomadengesellschaft keinerlei Bedarf, Eigentum an Grund und Boden zu definieren. Sehr wohl bedarf jedoch eine Ackerbaugesellschaft des Eigentums an Grund und Boden, um funktionieren zu können. Ein anderes Beispiel: Adam Smith [1723-1790] hatte noch behauptet, es habe keinen Sinn, ein Eigentum an »Luft« zu definieren, weil sie im Überfluß vorhanden sei. Heute ist das anders: Weil es kein Eigentum an »Luft« gibt, wird sie überkonsumiert (z. B. zu stark verschmutzt), denn tatsächlich ist sie nicht mehr im Überfluß vorhanden, sondern ein knappes Gut, das des Schutzes durch den Eigentumsanspruch bedürfte.

Autorität

Ein zweites Mißverständnis bezüglich segmentärer Gesellschaften besteht darin, das Fehlen von politischer Herrschaft mit der Abwesenheit von ungleich verteiltem Einfluß zu verwechseln. Es gibt durchaus ungleichen Einfluß. So ist es zum Beispiel klar, daß »Richter« über mehr Einfluß verfügen als andere Mitglieder eines Stammes. Dieser Einfluß heißt in Abgrenzung zur Herrschaft Autorität.

Die Autorität ist auf Gegenseitigkeit aufgebaut und durchbricht nicht das Prinzip der Freiwilligkeit. Wenn eine Horde Paviane in einer Gefahrensituation – (z. B.: sie muß an einem schlafenden Löwen vorbei) – ihrem erfahrensten Mitglied und nicht dem Alpha-Männchen folgt, zeigt sich darin das, was unter Menschen zur Autorität wird: **Autorität basiert auf freiwilliger Gefolgschaft**. Derjenige, der Autorität ausübt, erhält Anerkennung im Austausch gegen einen Dienst, den er den Gefolgsleuten erweist.

Recht

Aus den Elementen Eigentum und Autorität wird das Recht, das sich in der segmentären Gesellschaft herausbildet und das bis heute Grundlage jedes anständigen Empfindens ist. Das Recht ist dazu da, den Kampf zu vermeiden, den die »segmentäre Opposition« so gestaltet, daß niemand einen Vorteil aus ihm ziehen kann: Da es sich also nicht lohnt zu kämpfen, ist es sinnvoll, sich anderer Mechanismen zu bedienen, um die zerstörerischen Folgen des Kampfes zu umgehen.

Also: **Recht ist freiwillig**. Es ist die gegenseitige Übereinkunft zwischen Konfliktparteien, eine friedliche Lösung zu erlangen. Dabei orientiert sich die Rechtsprechung an den Gebräuchen und Sitten, denn der Richterspruch muß für alle Betroffenen akzeptabel sein.

Jemand, der sich nicht freiwillig dem Recht beugt, fordert damit zum Kampf heraus. Daß diejenigen, die den Rechtsbrecher verfolgen, nicht zu weit gehen und eine übermäßige Rache nehmen, garantiert die »segmentäre Opposition«. Denn als Opfer würde auch der Rechtsbrecher Hilfe vom verwandtschaftlichen Netz erhalten.

Wie der Staat entsteht

Eine staatliche Struktur ergibt sich an demjenigen Punkt, wo die »segmentäre Opposition« versagt: Ergibt sich ein Konflikt zwischen verwandtschaftlich nicht miteinander verbundenen

Stämmen, greift logischerweise das Grundprinzip nicht. Meist endet ein interethnischer Konflikt, wenn ein Stamm dem anderen deutlich überlegen ist, indem der unterlegene das fragliche Gebiet verläßt. Dies ist, wenn man so will, eine Analogie zum Revierverhalten der sozial lebenden Tiere.

Die Bereitschaft, das angestammte Gebiet zu verlassen, ist bei Nomaden groß, reduziert sich jedoch verständlicher Weise mit der Sesshaftwerdung. Nach der Theorie von Franz **Oppenheimer** (1908) entsteht der Staat durch die **Eroberung** eines Landwirtschaft betreibenden Stammes durch einen Nomadenstamm, nämlich

- immer durch Eroberung (gewaltsame Unterwerfung eines Stammes durch einen anderen), sowie
- immer durch Unterwerfung eines reichen sesshaften durch einen armen nomadisierenden Stamm.

Die ethnologischen Daten lassen sich jedoch nicht alle mit diesen beiden Aussagen interpretieren. Gleichwohl ist Oppenheimers Eroberungs-Theorie der Staatsentstehung damit nicht vollständig widerlegt, sondern nur ein Aspekt seiner Theorie. Die Daten widersprechen besonders dem zweiten Teil der Aussage, daß nämlich immer ein nomadisierender Stamm einen sesshaften unterwerfe. Allerdings muß auch der erste Teil der Aussage modifiziert werden, weil Herrschaftsentstehungen belegt sind, in der eine Eroberung nicht gelungen ist: Der Stamm, der sich gegen Eroberung wehrt, kann im Zuge einer langewährenden gewaltsamen Auseinandersetzung spezialisierte Instanzen wie professionelle Krieger und zentrale Befehlsstrukturen aufbauen, die gleichsam durch eine »interne Eroberung« zur Keimzelle des Staates werden.

Immer jedoch gehen der Herrschaftsbildung gewaltsame interethnische Auseinandersetzungen voraus, so daß festzuhalten bleibt: Herrschaft entwickelt sich *nicht* »gleitend«, »evolutionär«, »friedlich« oder »funktional« aus einem herrschaftsfreien gesellschaftlichen Verband. Die »segmentäre Opposition« kann dies stabil und dauerhaft verhindern – aber eben nur *innerhalb* einer Ethnie.

Die von mir modifizierte Oppenheimer-Theorie der Staats-

entstehung ist nicht so aufzufassen, daß interethnische Konflikte *allein* ausreichen, um die Entwicklung eines Staates anzustoßen. Ein solcher Konflikt ist eine Bedingung der Möglichkeit, aber noch keine hinreichende Bedingung. Kriege stehen offensichtlich in engem Zusammenhang mit der Evolution politischer Herrschaft, aber zusätzlich bedurfte es weiterer Faktoren (vor allem: Überflußproduktion und Landknappheit). Immerhin liegen zwischen der »neolithischen Revolution«, der »Erfindung« des Ackerbaus, und der Entstehung der ersten Staaten rund dreieinhalbtausend Jahre.

Mit der Eroberung ist es möglich, den Widerstand gegen Herrschaft zu brechen. Indem sich Herrschaft etabliert, ergibt sich eine Gesellschaft, in der die Interessen der Herrschenden denen der Unterdrückten gegenüber stehen. Die Unterdrückten sind nicht mehr Teil des gesellschaftlichen Interesses. Sie sind keine freiwilligen Mitglieder der Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Verband verlassen, wenn ihre Interessen vom Ganzen nicht gefördert, sondern geschädigt werden.

Die Herrschaft ist erfolgreich, aber nicht im evolutionären Sinne einer Anpassung, die für alle Mitglieder der Gesellschaft von Vorteil ist. Sie ist erfolgreich, weil sie es vermag, die Interessen von Teilen der Gesellschaft zu unterdrücken und deren Arbeitsleistung dem anderen, also dem herrschenden Teil der Gesellschaft zuzuschlagen.

Nicht Herrschaft, sondern Widerstand ist die primäre Form der Vergesellschaftung. Das heißt letztlich nichts anderes, als daß jede menschliche Gesellschaft von Widerstand gekennzeichnet ist, jedoch nur einige menschliche Gesellschaften Herrschaft herausbilden. Die Entstehung von Herrschaft ist zeitlich später als die von Widerstand.

Für die libertäre These, Widerstand sei die primäre Form der menschlichen Vergesellschaftung, spricht:

- Herrschaft muß sich von Beginn an rechtfertigen. Nirgendwo gilt Herrschaft »unhinterfragt«. Immer ist es notwendig, daß diejenigen, die die Herrschaft ausüben, eine Ideologie zu ihrer Verteidigung vorbringen. Die Verteidigung findet auf dem Hintergrund eines Rechtsverständnis-

ses statt, das nicht innerhalb der Herrschaft, sondern gleichsam vorab entstanden ist.

- Herrschaft sieht sich immer Widerstand gegenüber. Nirgendwo gibt es eine nicht bekämpfte Herrschaftsstruktur.
- In allen geschichtlich frühen Formen der Herrschaft prägt sie nicht die ganze gesellschaftliche Struktur, sondern sichert nur den Bestand des Ausbeutungsverhältnisses. In jeder anderen Hinsicht regulierte sich die frühe Gesellschaft nach den Prinzipien der »segmentären Opposition«.
- In allen herrschaftlichen Gesellschaften gibt es einen Mythos von einem der Herrschaft vorausgehenden »goldenen Zeitalter«, das durch Prosperität und Herrschaftslosigkeit gekennzeichnet ist.

Diese Art und Weise, nach der Rationalität von Herrschaft zu fragen, widerspricht jenem Bedürfnis der Menschen, das Stephen J. Gould als »Illusion Fortschritt« (1996) bezeichnet: Man möchte gern, daß es eine natürliche und historische Entwicklung hin zu dem immer Besseren gibt.

Für die einen ist die »soziale Evolution«, die den Staat hervorbringt, eine »Errungenschaft« (Klaus Eder 1980). Für die anderen beginnt die Geschichte der Menschheit mit einer »Stammesethik«, deren totalitäre Herrschaft im Sozialismus »Wiederauferstehung« feiert und die Evolution hin zu einem freiheitlichen Staat stört (F.A. Hayek 1980).

Im Anschluß an **Christian Sigrist** 1994 (sowie **Peter Kropotkin** 1902 und **Pierre Clastres** 1974) ist dagegen der »Erfolg« des Staates nicht als Fortschritt zu kennzeichnen, sondern als Defizit, das es zu überwinden gilt – das aber auch überwunden werden kann, weil Staat nicht zur ursprünglichen Bedingung der menschlichen Vergesellschaftung zählt.

Aus Widerstand entstehen die Strukturen »Recht auf Basis der Ebenbürtigkeit«, »Gerechtigkeit als Freiwilligkeit«, »Achtung vor dem Eigentum und dem Leben der Mitmenschen«, »Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung«.

Aus Herrschaft entstehen die Strukturen »Gesetze auf Basis von Gewalt«, »Gerechtigkeit als Ausübung willkürlicher Vorschriften«, »Achtung vor der Hierarchie«, »Verpflichtung zur Staatsraison«.

Die zwei Urformen des Staates: Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus

Entstehung der Klassen

Staat bedeutet in seiner definitorischen Minimalbedingung, daß Gefolgschaft nicht freiwillig ist, sondern erzwungen wird. Der Zweck der *erzwungenen* Gefolgschaft ist Tribut- oder Steuerzahlung: Die Gefolgsleute werden gezwungen, an die herrschende Gruppe von ihren Arbeitsprodukten, die über die Subsistenz hinausgehen, abzugeben. Die Tributzahler sind produktiv. Sie werden unterdrückt, um sie durch Enteignung ihrer Überschüsse ausbeuten zu können. Diejenigen, die den Tribut erhalten, sind unproduktiv. Sie herrschen, um durch Enteignung sich arbeitsloses Einkommen zu sichern. Das sind die beiden ursprünglichen Klassen: Die herrschende, unproduktive Klasse der **Enteigner** und die unterdrückte, produktive Klasse der **Kapitalisten**.

Die produktive Klasse *ist* die Kapitalistenklasse: Menschen können dann ausgebeutet werden, wenn sie Arbeitsprodukte herstellen, die über das Lebensnotwendige hinausgehen. Diese können sie nur herstellen, indem sie auf den unmittelbaren Konsum von Arbeitsprodukten verzichten und die aufgesparten Arbeitsprodukte in **Kapital** verwandeln: In Instrumente, um damit später *mehr* Arbeitsprodukte herstellen zu können.

Allerdings kann auf Grundlage der genannten Minimalbedingung von staatlicher Herrschaft noch keine dauerhafte Zentralinstanz organisiert werden. Diejenigen, die Gefolgschaft verlangen, müssen Personal rekrutieren, die das folgende Verhalten der unterworfenen, produktiven Kapitalisten überwachen und eventuellen Widerstand mit Gewalt brechen.

Es bedarf eines »Erzwingungsstabes« (Sigrist), einer organisierten Polizei.

Das Personal der Polizei führt bereits zu einer Differenzierung der Klassenstruktur innerhalb der herrschenden Klasse der unproduktiven Enteigner: Dieses Personal steht in den meisten historischen Situationen weder in der Höhe der Einkünfte, noch in der abverlangten Arbeit, noch im politischen Einfluß über der produktiven unterdrückten Klasse. Gleichwohl ist ihr ökonomisches Interesse an den Fortbestand und den Wohlstand des Staates gebunden, der ihre existentielle Grundlage bildet. Neben der unproduktiven herrschenden ersten Klasse, der Enteignerklasse, und der produktiven unterdrückten zweiten Klasse, der Kapitalistenklasse, ist sie die dritte Klasse: die **Vollstreckerklasse**, die die unproduktiven verwaltenden Aufgaben im Staat erledigt und gegenüber den Unterdrückten handgreiflich durchsetzt.

Des weiteren setzt die Dauerhaftigkeit von Herrschaft voraus, daß die Unterworfenen in ihrer Gesamtheit weder getötet noch so weit ausgeplündert werden, daß sie nicht mehr in der Lage sind, genügend zum eigenen Überleben und darüber hinaus ausplünderbaren Überschuß zu produzieren – denn solange sie nur für die eigene Subsistenz produzieren, ist Herrschaft ineffektiv und überflüssig.

Der Staat teilt also mit seinem ersten organisatorischen Auftreten die Menschen in die Produktiven, die für alle die notwendigen Güter produzieren, und die Unproduktiven, die an den Gütern mittels Enteignung partizipieren. Die Produktiven sind die Unterworfenen, die Unproduktiven sind die herrschenden Enteigner mit allen, die im Dienste der Herrschaft stehen.

Sklavenhaltergesellschaft

Die eine Urform des Staates – die, die aus einer *gelungenen* Eroberung resultiert – ist eine Sklavenhaltergesellschaft, in der sich sowohl der herrschende als auch der unterworfenen Teil der Gesellschaft zunächst noch innerhalb der eigenen Gruppe weiterhin segmentär verhält: Die Unterworfenen be-

wahren untereinander das Prinzip der »segmentären Opposition« ebenso wie die Herrschenden. Die Unterworfenen zahlen, um in Ruhe produzieren zu können, Abgaben an die Herrschenden. Diese Form des Staates kann auch zu späteren Zeitpunkten der Entwicklung wieder durchbrechen wie zum Beispiel in der griechischen und römischen Antike oder nach der amerikanischen Revolution. (Wobei das Prinzip der »segmentären Opposition« in diesen Gesellschaften sowohl auf der Ebene der Unterworfenen als auch auf der Ebene der Herrschenden bereits beschädigt war.)

Um das effektive Produzieren der Unterworfenen zu garantieren, muß der Staat auch positive Schutzfunktionen für die Produktiven übernehmen. Besonders muß der Staat »seine« produktiven Mitglieder vor dem Zugriff anderer Personen – Räuber, Banden und konkurrierender Staaten – bewahren. Sofern eine starke Bedrohung von außen besteht, kann sich der produktive Teil der Gesellschaft sogar mit dem eigenen Unterdrückungsapparat identifizieren. Auf diese Weise entsteht der Anschein einer freiwilligen Gefolgschaft.

Feudalismus

Die andere Urform des Staates – die, die aus einer *abgewehrten* Eroberung resultiert – ist der Feudalismus. Frühe Feudalstrukturen, z.B. in der germanischen Ausprägung während und nach der Völkerwanderung, haben noch weitgehende Elemente der Freiwilligkeit. In einem langsamen, z.T. hunderte von Jahren dauernden Prozeß der »internen Eroberung« verwandeln die Feudalherren ihre freiwillige Gefolgschaft in eine erzwungene Gefolgschaft. Dies können sie tun, weil sie professionelle Krieger sind, ihre Gefolgschaft jedoch auf ein friedliches und produktives Leben spezialisiert ist.

Da die äußere Bedrohung den Widerspruch zwischen den produktiven und unproduktiven Klassen reduziert, ist es für den Staat rational, äußere Bedrohungssituationen herbeizuführen. Es geht dem Staat *nicht* um die effektive Minimierung von Streitigkeiten mit Nachbarstaaten oder um die effektive Verhinderung von Kriminalität, sondern um deren Zuspit-

zung. Kriminalität und kriegerische Bedrohung erhöhen die Akzeptanz des Staates im eigenen Land. Frieden und Wohlstand dagegen vermindern die Bereitschaft der produktiven Bevölkerung, ihren erwirtschafteten Überschuß an die herrschende Kriegerklasse abzugeben.

Allerdings ist die Anstachelung äußerer Bedrohung und innerer Kriminalität immer zugleich ein riskantes Unterfangen. Es bedroht das Wohlergehen der herrschenden Klassen und kann die Zerstörung des eigenen Staates nach sich ziehen. Auf diese Weise beginnt die »Kunst der Politik«: Es müssen genügend Anlässe geschaffen werden, um die Existenz des Staates der eigenen unterdrückten produktiven Klasse gegenüber zu rechtfertigen, aber sie müssen so begrenzt werden, daß dabei der Staat nicht beschädigt wird.

Erfolgsbedingungen des Staates

Der **Erfolg** des ursprünglichen Staates basiert darauf, daß er eine Gesellschaft stammesübergreifend organisieren kann, während die »segmentäre Opposition« die Herrschaftslosigkeit nur innerhalb eines Stammes gewährleistet. Der Staat kann demnach auf mehr Ressourcen zurückgreifen und eine spezialisierte Kriegerschaft aufbauen, die segmentär verfaßte Nachbarschaften zwingt, ebenfalls spezialisierte Krieger zum eigenen Schutz zu formieren. Selbst wenn diese es schaffen, den angrenzenden Staat an der Eroberung zu hindern, besteht die Gefahr, daß die Krieger im Zuge der »internen Eroberung« einen Staat errichten.

Die **Akzeptanz** des ursprünglichen Staates hat zur Voraussetzung, daß eine fortwährende Bedrohung von außen und innen existiert. Das Ziel des Staates ist nicht, die Bedrohungen vollständig zu beseitigen, sondern in kontrollierten und begrenzten Bahnen zu halten.

Der ursprüngliche Staat schafft einen **Klassengegensatz** zwischen Produktiven und Unproduktiven. Die Produktiven sind, obwohl sie das Überleben der ganzen Gesellschaft

sichern, die unterdrückte Kapitalistenklasse, deren Minderwertigkeit von der herrschenden Klasse der Enteigner herausgestellt wird.

In die **Sozialstruktur** und in die Organisation des Alltags greift der ursprüngliche Staat relativ wenig ein. Produktion, Handel und die Schlichtung alltäglicher Auseinandersetzungen werden weiterhin gesellschaftlich nach den Prinzipien der segmentären Gesellschaft geregelt, ausgenommen die Eingriffe, die notwendig sind, um den Überschuß für die herrschende unproduktive Klasse abzuschöpfen: Erhebung von Steuern und Zöllen sowie Verfolgung von Widerstand.

Auf dem Weg zum komplexen Staat

Herrschaft der Sklavenmoral

Die Entstehung des Staates wirkt nicht nur ökonomisch, indem sich die Enteignerklasse und die Kapitalistenklasse herausbilden und widersprüchliche Interessen verfolgen. Sie wirkt auch verändernd auf das moralische Empfinden, das in der klassenlosen, segmentären Gesellschaft auf Freiwilligkeit, Gegenseitigkeit und Eigentum basiert. Das moralische Empfinden entspringt nicht mehr der gesellschaftlichen Einheit, sondern den jeweils unterschiedlichen Klasseninteressen.

Ein Ansatzpunkt, die Entwicklung der Moral unter der Bedingung des Klassenkampfes zu verstehen, ist die Philosophie Friedrich Nietzsches [1844-1900]. Nach Nietzsche (1887) gibt es eine Herren- und eine Sklavenmoral. Der Begriff »Herrenmoral« ist allerdings verwirrend, denn sie ist eigentlich die Moral der segmentären Gesellschaft. Die Herrenmoral legt Wert auf Individualisierung und Verfügungsgewalt. Als höchsten Ausdruck von Herrenmoral sieht Nietzsche das »Herrenrecht, Namen zu geben« an: Dinge mit den Worten zu bezeichnen, die der Herr für angemessen hält.

Wenn der Herr über andere Menschen verfügt, wird er nach Nietzsche zum Tyrannen. Die Menschen, über die er verfügt, macht er zu Sklaven. Bei den Sklaven entwickelt sich

eine Moral, die die Werte der Herren umkehrt: In der Sklavenmoral sind Gehorsam und Gleichförmigkeit die obersten Maximen. Man nennt die Dinge, wie es alle anderen auch tun.

Die Sklaven bilden eine Masse von Schwachen, die vereinzelt starken Herren gegenüber stehen – und dann stellt sich heraus, daß die Masse stärker ist. So weit stimmt Nietzsches Auffassung noch mit der von Hegel [1770-1831] und Karl Marx [1818-1883] überein (»Dialektik von Herr und Knecht«). Jedoch überlegt Nietzsche weiter: Die starke Masse der Sklaven, die letztendlich über die Herren siegt, bringt ihre Sklavenmoral an die Herrschaft. Mit dem Sieg der Sklaven übernehmen die Sklaven nämlich nicht automatisch die Moral der Herren.

Die siegreichen Sklaven sind weiter gehorsam – gehorsam gegenüber dem, was »man tut«. Sie lehnen weiter die Individualisierung ab und fordern Gleichförmigkeit. Sich zu unterscheiden oder »selbstherrlich« etwas zu verändern, wird zu einem Verbrechen. Der Aufstand der Sklaven ist keine Befreiung, sondern er mündet in der Selbstversklavung.

Auf diese Weise kommt es zu einer unseligen Symbiose von Sklave und Tyrann: Die Strukturen sind unantastbar (Sklaverei) und alle Menschen müssen sich ihnen bedingungslos unterwerfen (Tyrannei). Scheinbar gibt es nur noch die Herde, keine Hirten mehr.

Scheinbar – in Wirklichkeit bestehen die Funktionen der Herrschaftsausübung durchaus weiter. Diejenigen »Sklaven« jedoch, die die Herrschafts-Funktionen ausüben, verstoßen damit gegen die eigenen Moralvorstellungen. Die Folge davon ist das »schlechte Gewissen« – die verhängnisvolle Instanz, die Nietzsche bekämpfte, weil er ihr zuschrieb, daß sie alle Lebensfreude (»Unschuld des Werdens«) aufzehre.

Die von Nietzsche beschriebene Dialektik von Herren- und Sklavenmoral erklärt, wie aus der Unterwerfung, die das offen erklärte Ziel verfolgte, die Unterworfenen ausbeuten und sich gefügig machen zu können, der abstrakte »Staat« wurde: Eine Institution, die scheinbar über *allen* Menschen gleichsam schwebt, auch *über* den herrschenden Nutznießern des Staa-

tes. Sie behaupten, dem Staat zu »dienen«. Viele Mitglieder der herrschenden Klassen glauben das sogar. (Zur weiteren **Entwicklung** des Staates vgl. Seite 100 ff.)

Verfahren zur Sicherung von Zustimmung

Die europäische Stabilisierung der Herrschaft, der Etatismus, beruht auf der Einsicht, daß Ausbeutung nur dann optimal gelingt, wenn man das Produzieren zuläßt. Nimmt der Staat den Bauern mehr ab, als sie zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft und ihrer Ernte benötigen, schneidet er sich selbst von der Fortdauer der Ausbeutung ab. Je komplexer die produktiven Strukturen werden, um so komplexer muß auch das Instrumentarium der etatistischen Ausbeutung sein. Der Speicher für das Korn ist schwieriger vor dem staatlichen Zugriff zu verbergen als das Geld auf der Bank.

Aber: Je komplexer die Eingriffe sind, um so einfacher läßt die Ideologie sich vermitteln, Ausbeutung wäre Garant der Produktion. Gerät der ausgebeutete Bauer in Not, wendet die etatistische Herrschaftsstruktur sich helfend ihm zu, um die kontinuierliche Produktion ausbeutbarer Substanz zu sichern. Dem Bauern erscheint der Staat als Retter.

Solche Verfahren, mit denen sich der Staat Zustimmung sichert, haben eine Systematik, die nun zu umreißen ist.

Privilegierung

Privilegierung ist das erste Verfahren des Staates, sich Zustimmung zu sichern. Menschen werden durch Privilegierung an den Früchten der Unterdrückung beteiligt und sind dann an deren Fortsetzung interessiert. Allerdings ist Privilegierung nicht ganz ungefährlich. Die Früchte der Unterdrückung müssen geteilt werden. Es entsteht innerhalb der herrschenden Klassen ein **Verteilungskampf**. Dadurch differenzieren sich bei den verschiedenen an der Unterdrückung teilnehmenden Gruppierungen, die zusammen die herrschenden Klassen ausmachen, die Interessen. Privilegiert der Staat eine Berufsgruppe wie die Ärzte – etwa, indem ihnen durch Zulassungsordnungen ein Oligopolschutz gewährt wird, der hohe Einkom-

men und Unanfechtbarkeit der Schulmedizin garantiert –, so richtet sich ihr Interesse auf die Erhaltung der eigenen Marktposition. Die privilegierte Berufsgruppe wird zur Stütze des Staates, jedoch nur, solange dieser ihr partikulares Interesse, d.h. ihre Privilegien erhält. Andernfalls kommt es zu einem Kampf der Interessengruppen. (Vgl. Charts S. 358f.)

Verteilungskampf und Kampf der Interessengruppen untergraben die Stabilität des Staates. Neben der Überwindung des Widerstands der Unterdrückten muß die Leitung des Staates – die Regierung – die herrschenden Klassen zusammenhalten, um zu vermeiden, daß die Kämpfe zu einem den Staat zerstörenden Bürgerkrieg ausarten.

Ideologie

Ideologie stellt ein zweites Verfahren dar, mit dem sich der Staat den **Glauben an seine Rechtmäßigkeit** zu garantieren trachtet. Die Überwindung des Widerstandes der Unterdrückten kann nicht nur mit Gewalt geschehen, da sie auf Dauer stärker als der Staat sein werden. Auch reicht die bloße Privilegierung nicht, da die herrschenden Klassen dann zu groß und die Herrschaft zu wenig profitabel werden würde. Ein wesentliches Element in der Überwindung des Widerstandes besteht im Aufbau einer Ideologie, die die Existenz des Staates bzw. eines bestimmten Staates als vorteilhaft für alle Menschen erklärt. Diese Ideologie mag die Form von Gottesgnadentum der Herrschaft annehmen oder die weltliche Form von Sozial-, National- oder Wohlfahrtsstaatlichkeit (vgl. S. 139ff).

Verrechtlichung

Verrechtlichung ist eine weitere Strategie. Sowohl Privilegierung als auch Ideologie verlangen nach gewissen Regeln, denen die Staatstätigkeit unterworfen ist. Privilegierung verlangt nach Regeln, um die Kämpfe innerhalb der herrschenden Klassen zu kanalisieren. Ideologie verlangt nach Regeln, um den Unterdrückten gegenüber **Objektivität** zu demonstrieren (vgl. S. 100ff). Die höchste Form der Verrechtlichung ist ein Staat, der die Instrumentarien der Unterdrückung formal völ-

lig von den sie betreibenden Menschen trennt und Regeln aufstellt, durch die die angeblich beste Politik oder die von der Mehrheit gewollte Politik die Regierung des Staates übernimmt (vgl. S. 135f). In einem solchen Staat wird auch nicht *eine* Ideologie zur Rechtfertigung des Staates produziert, sondern *verschiedene* Ideologien konkurrieren hauptsächlich um die Trophäe, wer dem Staat die stärkste Loyalität entgegenbringt.

Okkupation

Okkupation wird zum Kernstück der staatlichen Rechtfertigung. Der Widerstand der Unterdrückten wird um so ungefährlicher, je weniger deutlich sie eine Perspektive haben, was nach einem eventuellen Sieg über den Staat geschehen solle. Es ist die **Okkupation sozial notwendiger Funktionen** durch den Staat (vgl. S. 100ff), mit der den Unterdrückten die Perspektivlosigkeit eingebleut wird. Für jede moderne anti-etatistische Bewegung stellt es das zentrale Problem dar, den Menschen gegen die staatliche Okkupation das »Bewußtsein der Autonomie« (Paul Goodman) zurückzugeben und die »Gesellschaft zu rekonstruieren« (Gustav Landauer), d.h. sie in die Lage zu versetzen, das Zusammenleben ohne Staat zu meistern.

(Zur Beschreibung der **Instrumente** zur Erhaltung des Staates vgl. Seite 139 ff.)

ÜBERGANGSSTAATEN

Fragen

Gibt es etwas, das allen Staaten trotz ihrer Vielfalt und trotz aller Umbrüche in der menschlichen Geschichte gemeinsam ist? Was sichert die Kontinuität des Staatsprinzips über die vielfältigen Veränderungen, Krisen und Zusammenbrüche hinweg? Wie ist z. B. aus den radikalliberalen Anfängen der USA der mächtigste Staat der Gegenwart geworden? Was sind die Ursachen davon? Ist eine solche Entwicklung zwangsläufig?

Thesen

Das Personal des Staates und die Form des Staates sind Veränderungen unterworfen. Das Prinzip des Staates, das die Anreizung von Arbeitsleistungen anderer erlaubt, ist jedoch so verlockend, daß es jeweils beibehalten wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein modernes Lehrstück über den Kampf um die Freiheit und sein Scheitern an dem Staat.

Inspiration

Lord Acton, *The Civil War in America* (1866) · Charles Adams, *When in the Course of Human Events* (2000) · Michael Bakunin, *Staatlichkeit und Anarchie* (1873) · Edward Bond, *Lear* (1972) · Voltairine DeCleyre, *Anarchism and the American Revolution* (1908) · Paul Goodman, *The Devolution of Democracy* (1962) · Paul Goodman, *Like a Conquered Province* (1968) · Gabriel Kolko, *The Triumph of Conservatism* (1963) · Gustav Landauer, *Revolution* (1907) · Robert S. McNamara, *Vietnam* (1995) · Albert Jay Nock, *Mr. Jefferson* (1923) · Murray Rothbard, *The Anatomy of the State* (1965) · Murray Rothbard, *Conceived in Liberty* (4 Bände, 1975-1980) · Murray Rothbard, *For A New Liberty* (1978) · David Stockman, *Der Triumph der Politik* (1986)

Motto

»Wer vom Staat ißt, kommt daran um.«

Gustav Landauer

Obwohl es üblich ist, sowohl das Pharaonen-Reich der Ägypter als auch die gesellschaftliche Verfassung nach der Amerikanischen Revolution als »Staat« zu bezeichnen, gibt es eine Abwehr gegen die libertäre Ansicht, daß es ein durchgängiges Prinzip des Staates von den Anfängen bis heute gebe. Zum einen seien die Strukturen zu verschieden und zum anderen will man nicht, daß die »guten« Staaten – also die Demokratien – mit vergangenen oder gegenwärtigen Despotien in einen Topf geworfen werden. Die Tatsache, daß es schlimmere Staaten als unsere Demokratie gegeben hat und gibt, als Argument dagegen zu benutzen, daß unser Staat bekämpft werden muß, ist unlauter: Es ist, als würde uns ein Dieb auffordern, ihn nicht abzuwehren, weil er uns doch großzügigerweise nicht ermorden würde.

Es muß etwas Verbindendes zwischen all den Organisationen geben, die Staat genannt werden, denn nur dann ist es sinnvoll den gleichen Begriff, also Staat, zu verwenden. Das Verbindende ist der libertären Theorie zufolge:

- Jeder Staat ist auf **Enteignung**, also *irgendwelchen* Zoll-, Tribut-, und Steuerzahlungen, gegründet.
- Jeder Staat bedarf der **Konformitätspolitik**, um eventuellen Widerstand gegen Steuerzahlungen zu brechen.
- Jeder Staat muß bestrebt sein, auf einem gewissen **Territorium** das exklusive Recht auf Enteignung, also das Gewaltmonopol, zu haben.

Gründe für Übergänge

Zusammenbruch

Ein Staat kann aus inneren oder äußeren Gründen zusammenbrechen. Innere Gründe eines Zusammenbruchs sind vor allem wirtschaftliche Krisen. Sie entstehen, wenn das Management der Enteignungen ungeschickt ist, so daß nicht mehr genügend produktive Kraft der Kapitalistenklasse vorhanden ist, den notwendigen Überschuß zu schaffen, um den Staats-

apparat finanzieren zu können. Äußere Gründe eines Zusammenbruchs sind in der Regel verlorene Kriege.

Der Zusammenbruch eines Staates führt jedoch nicht zu einem Zusammenbruch des Prinzips des Staates. Natürlich muß nach einem Zusammenbruch die Funktion der herrschenden Klassen, die am meisten Verantwortung für das Mißmanagement trägt, auf Einfluß verzichten. Andere Teile der herrschenden Klassen jedoch übernehmen die vorhandene staatliche Infrastruktur, um die Ausbeutung fortzusetzen.

Es ist erstaunlich, wie stark sogar die personelle Kontinuität in den herrschenden Klassen selbst nach so gravierenden Zusammenbrüchen wie dem von Deutschland verlorenen zweiten Weltkrieg oder dem Auseinanderfallen der Sowjetunion ist. Es werden eine Reihe von bekannten Repräsentanten geopfert, aber im großen Ganzen gibt es keinen wirklichen Einschnitt.

In der internationalen Konkurrenz der herrschenden Klassen kann sich natürlich der relative Einfluß stark verschieben. So ist der Einfluß der herrschenden Klassen von England und Frankreich nach dem Auseinanderfallen ihrer Kolonialreiche zugunsten der amerikanischen herrschenden Klassen zurückgegangen. Das betrifft jedoch nicht ihre personelle Kontinuität, selbst wenn ein Land in einem solchen Prozeß zur Bedeutungslosigkeit im internationalen Kräftespiel herabsinkt.

Anpassung

Über längere Zeiträume hinweg muß der Staat auch ohne Zusammenbrüche große Anpassungsleistungen erbringen, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Solche Anpassungsleistungen werden vor allem im Zusammenhang mit veränderten Produktionsweisen notwendig. Solange eine vornehmlich auf Subsistenz- und Tauschwirtschaft beruhende, bäuerliche Produktionsweise besteht, können Überschüsse fast nur durch Sachleistungen (Abgabe von Ernteteilen und Erbringung von Dienstleistungen) enteignet werden. Dies verlangt eine andere Struktur als die Vereinnahmung von Geldsteuern

in der entwickelten industriellen Produktion. Ebenso wird es im Zuge der digitalen Revolution notwendig werden, daß der Staat andere Formen der Steuererhebung einführt.

Die Anpassung der Enteignung an veränderte Produktionsweisen verändert auch den Charakter der herrschenden Klassen. Zwar hat selbst heute noch – über zweihundert Jahre nach der Französischen Revolution – der Adel und der aus dem Feudalismus hervorgegangene Grundbesitz seinen festen Platz in den herrschenden Klassen der meisten Länder, aber dieser Einfluß ist stark geschrumpft. Diese Schrumpfung des Einflusses ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die herrschenden Klassen personell ungemein ausgeweitet wurden, weil die produktive Kapitalistenklasse einen so großen Reichtum geschaffen hat, daß viel mehr als je zuvor enteignet werden kann.

Legitimationskrise

In dem Maße, in welchem Zustimmung der Bevölkerung ein wichtiger Faktor in der Stabilität eines Staates geworden ist, hat sich der Staat anfällig dafür gemacht, daß die Bevölkerung Zweifel an seiner Funktionalität oder sogar an seiner Rechtfertigung anmeldet. Die tiefgreifendste Legitimationskrise des Staates war der Liberalismus im 18. und 19. Jahrhundert.

Die durch den Liberalismus ausgelöste Legitimationskrise hat in der Tat dazu geführt, daß die Staatstätigkeit, also die Enteignung, in einigen Ländern empfindlich eingeschränkt worden ist. Dies war die ökonomische Voraussetzung für den Erfolg der industriellen Revolution. Allerdings ist dadurch auch der Reichtum geschaffen worden, der heute zum Wohlstand der herrschenden Klassen in den Industrieländern geführt hat.

Legitimationskrisen können zu starken Veränderungen in den herrschenden Klassen führen, gerade dann, wenn der Nutzen bestimmter Teile der herrschenden Klassen bezweifelt wird. So haben die bürgerlichen Revolutionen die Vorstellung entwickelt, daß der Adel keine für die Gesellschaft nützliche Gruppierung sei. Gleichwohl haben sich die Revolutionäre der

staatlichen Infrastruktur bedient, um ihre eigenen Ausbeutungsziele zu verwirklichen. Es sind zwar etliche Köpfe von Adeligen gerollt, aber letztlich ist nicht mehr geschehen, als daß der Einfluß des Adels reduziert worden ist. Er ist weiterhin Teil der herrschenden Klassen geblieben.

Formen der Übergänge

Staatsstreich

Mit einem Staatsstreich versucht eine Fraktion der herrschenden Klassen, eine andere Fraktion auszubooten. Dies kann geschehen, wenn der aktuell regierenden Fraktion der herrschenden Klassen Mißmanagement vorgeworfen wird oder auch einfach, um den eigenen Anteil am Ausbeutungsprofit zu erhöhen.

Je stabiler und entwickelter ein Staat ist, um so unwahrscheinlicher ist ein Staatsstreich. Es gibt dann andere Wege, die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen zu regeln, insbesondere die demokratische Wahl.

Der Staatsstreich greift in die Kontinuität herrschender Klassen nur punktuell ein.

Evolution

Der Übergang vom feudalen England zum demokratischen England vollzog sich in der Form einer allmählichen Anpassung des Staates an die neuen Produktionsweisen und an die veränderten Bedingungen, unter denen ein Staat für legitim gehalten wurde. Diese Form des Überganges setzt flexible staatliche Institutionen und große Selbstdisziplin der herrschenden Klassen voraus. Letztlich nützt diese Selbstdisziplin allen Mitgliedern der herrschenden Klassen, denn ihre Sicherheit und ihre Position wird so gering wie möglich bedroht.

Sezession

Das Auseinanderfallen eines Staatsgebildes folgt immer einer speziellen Form der Legitimationskrise: Die Krise besteht dar-

in, daß ein regional abgegrenzter Bevölkerungsteil, der durch gemeinsame Geschichte, Sprache, Kultur, Religion oder wirtschaftlichen Erfolg geeint ist, sich nicht mehr vom Staat repräsentiert fühlt.

Obwohl die Sezession stets als Freiheitskampf ideologisch verbrämt wird, ist sie in Wahrheit meist nichts als eine Teilung der herrschenden Klassen. Die herrschenden Klassen in dem Gebiet mit Sezessionsbestrebungen haben entschieden, daß sie mehr Profit machen, wenn sie nicht mehr zu dem gemeinsamen Staatsgebilde gehören, sondern auf eigene Rechnung enteignen.

Auf dem Weg zur Sezession setzen die herrschenden Klassen, die die Sezession vorantreiben, oft in besonders brutaler Weise die Instrumente der Konformitätspolitik ein. Statt Gefangennahme wird wieder die Ermordung von Abweichlern eingeführt. Oder: Abweichler werden auf Linie getrimmt, indem deren Familien bedroht werden. Dies ist die traurige Erfahrung, die die »Freiheitskämpfe« überall auf der Welt im 20. Jahrhundert vermittelt haben, sei es in Vietnam, in Algerien, in Nordirland, im Baskenland, in Kurdistan, in Tschetschenien, in Kroatien, in Bangladesh oder in Sri Lanka. Im Zuge des »Freiheitskampfes« stellt sich oft überdies heraus, daß es innerhalb des Gebietes mit Sezessionsbestrebungen *weitere* Minderheiten gibt, denen die »Freiheitsbewegung« jede eigene Sezession mit unvorstellbarer Brutalität versagt. Auch das ist Konformitätspolitik.

Die erfolgreiche Sezession endet stets damit, daß die vom alten Staat übrig gebliebene Infrastruktur fast unverändert übernommen wird, seien es die Finanzämter oder die Schulen. Am Ende hat sich für die unterdrückten Klassen meist nichts geändert, nicht einmal die Gesichter ihrer Unterdrücker und Enteigner.

Revolution

Die Revolution ist die einschneidendste Form des Übergangs von einem Staat zu einem anderen. Sie folgt einer Kombination von ökonomischer Krise und Legitimationskrise mit un-

einsichtigen herrschenden Klassen, die die notwendigen Anpassungsleistungen nicht erbringen.

Die Revolution dezimiert in der Regel die prominentesten Fraktionen der Enteignerklasse ziemlich deutlich, so etwa in der Französischen und der Russischen Revolution. Gleichwohl werden die herrschenden Klassen nicht als Ganzes entmachtet. Vor allem die *Sozialverwaltungs-klasse* (vgl. S. 101) sorgt für eine Kontinuität: Da sie gesellschaftlich nützliche und erwünschte Funktionen ausführt, wird sie meist fast völlig von dem revolutionären Angriff ausgenommen. Da die Revolutionäre überdies an der Durchsetzung ihrer eigenen Ideen und Pläne interessiert sind, bedienen sie sich in hohem Maße der vorhandenen Vollstreckerklasse, um den Widerstand gegen die Revolution zu brechen.

Sowohl die Sozialverwaltungs-klasse als auch die Vollstreckerklasse wechseln in der Revolution leicht *dann* die Seiten, wenn sich der Sieg der Revolutionäre abzeichnet. Darin sehen sie richtigerweise eine Chance, weiter Ausbeutungsgewinn machen zu können.

Die Abschaffung des Staates, wie sie die Libertären anstreben, kann nur auf eine andere Weise erfolgen: Der Staat muß gezwungen werden, den **Austritt** aus dem Staat zuzulassen. Jede Form der Veränderung, die bestrebt ist, das Ganze des Staates umzuwälzen, wird immer auf Instrumente der terroristischen Konformitätspolitik zurückgreifen und damit einen neuen Staat schaffen.

Regelverstöße

Der komplexe Staat ist durch eine Vielzahl von Regeln gekennzeichnet, die sich in Gesetzen ausdrücken. Mit diesen Gesetzen binden sich die herrschenden Klassen auch selbst. Das ist notwendig, um die Legitimation aufrecht zu erhalten.

Gleichzeitig aber sind die Gesetze oft auch für die herrschenden Klassen hinderlich.

Im Normalfall sorgt die Konkurrenz zwischen der rivalisierenden Fraktionen der herrschenden Klassen dafür, daß Regelverstöße in engen Grenzen gehalten werden. Es ist ein entscheidendes Mittel im Machtkampf zwischen den Fraktionen, einer konkurrierenden Fraktion »Regelbruch« vorwerfen zu können – seien es Wahlfälschungen, seien es Steuerhinterziehungen, seien es Verletzungen der Verfassung.

Die Auseinandersetzungen um die Regelverstöße haben einen stabilisierenden Effekt auf die Ideologie des Staates:

Mit diesen Auseinandersetzungen wird »bewiesen«, daß die Gesetze über den Menschen – auch über den Herrschenden und Regierenden – stehen.

Dies ist der Inhalt der zur Herrschaft gekommenen Sklavenmoral.

Es gibt allerdings Fälle, in denen die herrschenden Klassen Regelverstöße zulassen. Besonders markante Beispiele sind die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 und die dritte Amtsperiode von F.D. Roosevelt in den USA. Die herrschenden Klassen lassen Regelverstöße zu, wenn eine große Mehrheit der verfeindeten Fraktionen die Lage so beurteilt, daß nur der Regelverstoß den Staat als ganzes retten kann. In diesem Fall wird der Regelverstoß durch eine der Fraktionen von den anderen nicht zum Anlaß genommen, einzugreifen.

Selbstverteidigungsmechanismen

Schwarzmarkt und Schwarzhandel

Jenseits politischer Aktionen wenden die produktiven und unterdrückten Klassen Mechanismen an, um sich gegen die Enteignung zu wehren. In Staaten, die mit weitgehenden Enteignungen und Eingriffen in die Wirtschaft die produktive

Struktur zerstören, ist der Schwarzmarkt und der Schwarzhandel sogar ein notwendiger Faktor, um die Ökonomie vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Allerdings hat die Untergrundökonomie auch eine dunkle Seite: Da sie sowohl für den Anbieter von Leistungen als auch für deren Abnehmer illegal ist, kann sich keiner *legal* gegen Betrug wehren – der Abnehmer der Leistungen nicht gegen fehlerhafte Leistungen, der Anbieter von Leistungen nicht gegen Nichtzahlung. Insofern ist auch der Schwarzmarkt kein freier Markt.

Die Illegalität des Schwarzmarktes führt auch zum Einsatz von Konformitätspolitik: Da sowohl Anbieter als auch Abnehmer von Schwarzmarktleistungen von Strafe bedroht sind, haben sie die Tendenz, sich gewaltsam gegen Personen zu wenden, von denen sie erwarten, daß sie sie verraten könnten.

Steuerhinterziehung

Das wirksamste und heroischste Mittel im Kampf gegen die Enteignung ist die Steuerhinterziehung. Gegen sie richtet sich auch der stärkste Haß der etatistischen Ideologen, die die Steuerhinterziehung als einen unsozialen Akt hinstellen, mit dem der Steuerhinterzieher seine Mitmenschen betrügt. In Wirklichkeit wehrt er sich nur gegen Diebstahl.

Steuerhinterziehung kann nicht in anti-libertärer Weise mißbraucht werden, um sich ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen – denn sie ist nichts als *Abwehr* von Diebstahl.

Korruption

Um sich gegen Eingriffe der staatlichen Institutionen zu wehren, setzen die unterdrückten Klassen Korruption ein. Einzelnen Personen der Vollstreckerklasse wird Geld gezahlt, wenn sie eine Ausnahme in der Vollstreckung einer Regel machen.

Korruption gilt in jeder etatistischen Ideologie wie die Steuerhinterziehung als ein besonders schlimmes Vergehen. Aber ohne Korruption hätte z. B. der Kapitalist Schindler keine Juden vor dem Vernichtungswillen der Nazis retten können.

Allerdings läßt sich Korruption auch anders einsetzen: Be-

stimmte Personen bestechen Mitglieder der Vollstreckerklasse, damit sie ihnen *Vorteile* auf Kosten der Mitmenschen verschaffen. Auf diese Weise werden sie gleichsam zu illegalen Mitgliedern der *staatskapitalistischen* Klasse (vgl. S. 108).

Protostaaten

Besonders bei regionalen Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten gibt es Situationen, in denen die unterliegenden Bevölkerungsteile sich auch in bewaffneter Weise wehren. Sie versuchen, sich gegen die Übergriffe des Staates zu schützen. Dies ist der Ursprung etwa der Mafia, die als regionale Verteidigungsorganisation des italienischen Südens entstanden ist.

Allerdings wenden diese protostaatlichen »Verteidigungsorganisationen« schnell quasi-staatliche Prinzipien an, wie wir in dem Abschnitt über Sezession schon gesehen haben. Sie zwingen Abweichler, bei der Stange zu bleiben, und sie erpressen Schutzgelder, was ja im Prinzip nichts anderes ist als eine Steuererhebung.

Wenn es weder der Verteidigungsorganisation gelingt, das entsprechende Gebiet abzuspalten, noch der Staat es vermag, die Verteidigungsorganisation gänzlich zu besiegen, gehen beide oft eine Art uneingestandene und zum Teil sogar illegale Symbiose ein. Durch Korruption werden die Vollstrecker des Staates dazu gebracht, Mitglieder des Protostaates zu verschonen. Umgekehrt schließen staatliche Politiker Pakte mit Führern des Protostaates, durch die sich beide gegenseitig im Machtkampf helfen.

Askese und Dekadenz

Ebenso wie der Staat zwischen Tradition und Innovation hin- und herschwankt, schwankt er bezüglich Askese und Dekadenz. In gewisser Weise ist Dekadenz das Ziel des Staates als Ausbeutungsinstrument: Es geht um das gute Leben der herrschenden Klassen auf Kosten der unterdrückten Klassen. Allerdings: Dieses gute Leben zu sehr nach außen zu tragen,

kann durchaus den Haß der Unterdrückten hervorrufen. Sie sagen dann: »Seht, wie die da oben von unserem Geld in Saus und Braus leben.«

Die Ideologie, daß die herrschenden Klassen in Wahrheit den Unterdrückten »dienen«, läßt sich viel besser transportieren, wenn sich die sichtbaren Mitglieder besonders asketisch geben. Dann können sie »beweisen«, daß sie nicht im eigenen Interesse handeln, sondern im Interesse des Allgemeinwohls. Nicht zu rauchen, nicht zu trinken, keinen Sex zu haben – das war der »Beweis« dafür, daß Adolf Hitler nichts anderes im Sinn hatte, als dem deutschen Volk zu dienen.

Psychologisch führt die Askese zum gewünschten Charakter der herrschenden Klassen: Wer sich die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse versagt, entwickelt genügend Haß auf die Welt, um sich alles zu erlauben. Askese ist die Triebfeder für Gewalt und für Bereitschaft zur Grausamkeit. Dekadenz allerdings kann auch zur Grausamkeit veranlassen, dann nämlich, wenn diese als Triebbefriedigung eingesetzt wird.

Askese und Dekadenz sind keine Gegensätze, sondern verbündete Verhaltensweisen, um den etatistischen Charakter zu bilden, der bereit ist, jedes humane Mitgefühl zu zerstören.

Lehren aus der Geschichte der USA

Die Geschichte der USA, revisionistisch betrachtet

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der erfolgreichste Staat der Gegenwart – erfolgreich nicht nur in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, sondern auch in der Fähigkeit, Protest zu absorbieren oder zu integrieren. Diesen Erfolg hat die USA einerseits zum mehr oder weniger gut imitierten Vorbild für viele andere Staaten der Welt gemacht. Andererseits betrachten Widerstandsbewegungen die USA aufgrund ihres Erfolgs als weitgehend »unangreifbar«. Oft schlägt diese »Ehrfurcht« vor den USA um in eine quasi-rassistische Haltung, die »den« Amerikanern imperialistische Gelüste, kulturelle Ignoranz und egoistische Auswüchse unterstellt.

Eine Betrachtung der USA vom libertären Standpunkt aus muß differenzierter vorgehen, denn die Stärke der USA gründet sich zum Teil darauf, daß dieser Staat bis heute Freiräume für Anarchie gewährt.

Die konventionellen Geschichtsschreiber – der revisionistische Historiker Charles A. Beard (1948) nannte sie abfällig »court historians« – unterstellen eine durchgängige positive Kontinuität amerikanischer politischer Werte von der Revolution 1775 bis auf den heutigen Tag. Die vielfältigen Entwicklungen werden als jeweilige Anpassung der ursprünglichen demokratischen Idee an gewandelte ökonomische, soziale und bewußtseinsmäßige Verhältnisse interpretiert, oft mit dem Unterton, es handele sich um Fortschritte. Demgegenüber formuliert eine Gruppe von Historikern, die unter dem Begriff »revisionists« zusammengefaßt wird, die These radikaler Diskontinuität in der amerikanischen Entwicklung. Unter die Revisionisten zählen so unterschiedliche Denker wie die Sozialdemokraten Harry Elmer Barnes und Charles A. Beard, die Konservativen Rose Wilder Lane und Albert Jay Nock, die Sozialisten William A. Williams und Roland Radosh, der Marxist Gabriel Kolko und die Anarchisten Voltairine de Cleyre, Paul Goodman, James J. Martin und Murray Rothbard.

In der revisionistischen Historiographie erscheint die »Anpassung« an veränderte Verhältnisse als Anpassung der Verhältnisse an geänderte Ziele der Staatsführung, und die »Fortschritte« stellen sich als fortschreitende Beherrschung der Gesellschaft durch den Staat dar. Albert Jay Nock (1939) sprach vielleicht als einer der ersten von zwei »Staatsstreichen« in der amerikanischen Geschichte: Der erste Staatsstreich sei die Verabschiedung der Verfassung 1789 gewesen und der zweite das »New Deal« der 1930er Jahre. Vergessen hat er in seiner Aufzählung die Diktatur der Zentralregierung über die Südstaaten nach Beendigung des Bürgerkrieges.

Von der Unabhängigkeitserklärung zur Verfassung

Nicht die Verfassung von 1789, sondern die Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist für die Revisionisten das grundlegende

Dokument amerikanischer Politik. Mit der Unabhängigkeitserklärung Thomas Jeffersons wird das britische Joch abgeschüttelt, ohne eine festgefügte politische Struktur an seine Stelle zu setzen. Die Situation der amerikanischen Gesellschaft nach dem militärischen Sieg über die britische Kolonialherrschaft kann als »Quasi-Anarchie« (Goodman) gekennzeichnet werden: Die Probleme des sozialen Lebens wurden in gesellschaftlicher Selbstregulation dezentral angegangen, nicht in neue starre zentrale Institutionen eingebunden. Paul Goodman reklamierte das Erbe Jeffersons für die Protestbewegung und sprach dem »Establishment« das Recht ab, sich auf Jefferson berufen zu können.

Eine solche Beurteilung setzt voraus, daß es keine harmonische Kontinuität von den »founding fathers« zu dem gegenwärtig mächtigsten Staat der Erde gibt.

Von Jefferson gibt es anders als von Humboldt und anderen europäischen radikalen Liberalen kein theoretisches Werk. Jefferson war praktischer Politiker. Die Revolution erlaubte es ihm, seine Vorstellungen unmittelbar in die Tat umzusetzen. Doch drücken seine Briefe ein hohes Maß an Selbstreflexion aus, wie es sich wenige praktische Politiker nach ihm in so hohen Ämtern erlaubten.

Für Jefferson sind politische Autonomie und ökonomische Autonomie miteinander verkoppelt. Die eine verfällt ohne die andere. Zufriedenstellend und dauerhaft selbst regieren können sich Menschen, die auch die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung kontrollieren. In erster Linie meinte Jefferson damit die Farmer, dann aber auch Handwerker – nicht allerdings das sich herausbildende städtische Industrieproletariat. Darum bekämpfte er alles, was den Industrialismus und die Urbanisierung zu verstärken schien, besonders das Geld- und Bankenwesen.

Es ist wichtig zu verstehen, daß Jefferson diese Position nicht als Gegner, sondern als Befürworter von Eigentumsrecht und Marktfreiheit vertrat. Bereits in diesem frühen Stadium des Kapitalismus sind seine ihm von den rechten wie linken Kritikern zugeschriebenen schädlichen Erscheinungsformen

nicht auf seine eigenen sozioökonomischen Bedingungen, sondern auf staatlichen Interventionismus und Dirigismus zurückzuführen. Bei einer konsequenten Anwendung liberaler Freihandelspolitik wäre eine sozial angepaßtere ökonomische Entwicklung im Sinne Jeffersons zu erwarten gewesen.

Die beste Form der Selbstverwaltung schien Jefferson das repräsentative Prinzip und die strikte Gewaltenteilung zu sein. Zugleich vertrat er allerdings die föderalistische Auffassung, daß ein Parlament nicht *per se* Gewalt über seine Wähler habe, sondern daß nur eine ausdrückliche Delegation von Aufgaben eine höhere Instanz zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben berechtige – eine Delegation, die auch wieder zurückgenommen werden kann.

Im amerikanischen Bürgerkrieg hat sich manifestiert, daß die USA kein föderalistisches System sind, wie Jefferson es sich vorstellte. Die offizielle Frontlinie verläuft zwischen zentralistischen Gegnern der Sklaverei und föderalistischen Befürwortern. Denker, Journalisten und Aktivisten, die das »Ganze« des Erbes Jeffersons festhalten wie Spooner und Thoreau werden aus der etablierten Politik herauskatapultiert und tragen zur Konstitution einer neuen revolutionären Theorie und Praxis bei: dem Anarchismus.

Die gerade heute wieder provozierende These Jeffersons lautet, auch demokratisch legitimierte Regierungen dürften keine absolute Gewalt haben und von solchen Regierungen erlassene Gesetze hätten nicht a priori absoluten Anspruch, befolgt zu werden. Vielmehr seien Regierungen und Gesetze eher Experimente, die von der Bevölkerung versucht und bewertet werden müßten. Andererseits wendete Jefferson sich gegen häufige Veränderungen von Gesetzen durch die Regierung, die der Bevölkerung das legale System nur undurchschaubar machten. Vielmehr sollte es seiner Meinung nach nur wenige und einfache Gesetze geben.

Das parlamentarische System ist laut Jefferson ein Experiment, nicht der Ausdruck der Volkssouveränität. Das Volk könne ebensogut andere Systeme ausprobieren, wenn es sie für effektiver in der Bewahrung der Freiheit hält. So betrach-

tet sieht Jefferson das politische Problem der Gesellschaft nicht im effektiven Regieren des Volkes, sondern in der effektiven Kontrolle des Volkes über die repressiven Tendenzen der Regierung. Es wäre verhängnisvoll für das Volk, die Waffen abzugeben und der Regierung ein stehendes Heer zuzugestehen: Das verschiebt die Macht zugunsten der Regierung.

Der Widerstand der Amerikaner gegen die Waffenkontroll-Gesetze bekommt vor diesem Hintergrund eine historische Perspektive, die in Europa nur schwer verstanden wird. Das eigentliche Ziel des amerikanischen Staates ist nicht, Kriminellen den Zugang zu Waffen zu erschweren – denn das leisten die besagten Gesetze nicht –, sondern die unbequeme Möglichkeit einer Rebellion und der bewaffneten Gegenwehr gegen staatliche Übergriffe zu reduzieren.

An dieser Stelle wird auch verständlich, warum Goodman sagt, Jefferson und seine Freunde seien »nicht Mitglieder der Gesellschaft« gewesen, sondern sie hätten die Gesellschaft »gemacht«: Die Strukturen, in die man sich hineingeboren findet, sind nicht prinzipiell beizubehalten, wenn man es auch aus Gründen der Einfachheit, Sicherheit und Verbundenheit so weit wie möglich tut. Demokratisches und autonomes Handeln drückt sich nicht in der institutionellen Struktur einer Gesellschaft, sondern im aktiven Aufbau von neuen und im Verändern von bestehenden Strukturen aus.

Länger als je in der Geschichte einer erfolgreichen Revolution sind die freiheitlichen Grundsätze der Amerikanischen Revolution weitgehend verwirklicht gewesen. Jeffersons radikale Positionen blieben zwar nicht unwidersprochen, auch wurden sie bereits zu seinen Lebzeiten in vielen Punkten untergraben, aber sie waren die Vorstellungen vieler Amerikaner und wurden vielerorts im Alltag realisiert. Die Regierung, selbst die autoritäre Amtsführung von John Adams [US-Präsident 1797-1801], hatte nur wenig Einfluß auf diesen Alltag im Lande.

Bisweilen behindern in der Gegenwart Regelungen eine liberale Reform, die gutgemeinte Schutzfunktionen haben sollten. So auf dem Sektor der öffentlichen Schule. Jefferson

meinte, daß für eine bestimmte Bildungsfunktion, nämlich das amerikanische Freiheitsethos weiterzutragen, öffentliche Schulen notwendig seien. Um diese Schulen vor politischer Instrumentalisierung zu schützen, wurden die Schulbezirke bewußt nicht den politischen Bezirken angepaßt.

Heute sprengt das öffentliche Schulsystem alles, was Jefferson jemals für wichtig und richtig gehalten hat. Es verkörpert im Gegenteil das, was er bekämpfte: Zentralistische Strukturen, die autonomes Handeln verhindern, Indoktrination durch politisch und sozial fixierten Konformismus und ein finanzielles Ausmaß, das die Bürger mit exorbitanten Steuern belastet.

Eine Reform der Schule, die diese Mißstände wirksam anfaßt, wie sie Goodman und viele andere nach ihm versucht haben, scheitert allerdings daran, daß das Schulsystem nach wie vor der politischen Willensbildung entzogen ist. Es erhält zwar seine finanzielle und organisatorische Übermacht von den staatlichen Strukturen, unterliegt aber nicht den politischen Kontrollen.

Dies ist nur ein Beispiel für die Probleme, die ein erneuerter Jeffersonismus behandeln und lösen muß, wenn er wieder zu politischem Einfluß kommen will und kann. Der wichtige erste Schritt ist, aus der Geschichte zu lernen – zu lernen, wie und warum die ursprüngliche »Quasi-Anarchie« zum Imperialismus des 20. Jahrhunderts degenerieren konnte.

Dennoch: Bis auf den heutigen Tag hat gesellschaftliche Selbstregulation einen wichtigen Platz im amerikanischen Sozialverhalten. Aber sie ist von einem 200jährigen Kampf des Staates aus dem offiziellen Bereich in den »Untergrund« gedrängt worden, dorthin, wo das »andere« Amerika ist, das Amerika der Wehrdienst- und Steuerverweigerer, der freien Schulen, der Sonderlinge und Eigenbrödler, der Propheten, der Ethno-, Schwulen- und Freak-Viertel und der »women nation«, der prinzipiellen Nichtwähler, der Gold- und Tauschhandel betreibenden Dollar- und Bankfeinde, der Lokalpatrioten, der Selbstversorger, der Nachbarschaftsorganisationen, der selbstherrlichen Rächer, das Amerika der gegenseitigen

Hilfe und der individuellen Sonderheit, das Amerika des freien Unternehmertums und der Wobblies, das Amerika Barry Goldwaters und Martin Luther Kings. Der Europäer muß schon einiges Befremden überwinden, will er einen revisionistischen Text sachlich zur Kenntnis nehmen, der wie Radoshs »Prophets on the Right« von 1975 von einem Sozialisten verfaßt ist, bewundernd die »rechte« Opposition gegen Amerikas Eintritt in den zweiten Weltkrieg beschreibt und in einem anarchistischen Verlag publiziert wurde.

In libertärer, revisionistischer Sicht war die Verfassung bereits der erste Sieg des Staates im Kampf gegen die Gesellschaft. Mit ihr wurde nicht nur der Zentralismus möglich gemacht, sondern auch die Form der parlamentarischen Demokratie festgeschrieben und so aus einer spontanen situationsgerechten Entwicklung in eine Institution mit Ewigkeitsanspruch verwandelt. Gegner der Zentralisation – die sich »anti-Federalists« nannten in Opposition zu den zentralistischen »Federalists« – wie Jefferson traten dafür ein, den Einzelstaaten wenigstens ein Austrittsrecht aus der Union vorzubehalten. Der Bürgerkrieg zeigte deutlich, daß ein solches Recht faktisch nicht bestand, obwohl es *de jure* existierte.

Die Unionsgründung bzw. die Verfassungsgebung kann als »Staatsstreich« interpretiert werden, denn beides entsprach durchaus nicht dem demokratischen Willen. Neben schweren verfahrensmäßigen Mängeln bei dem Vorgang ist besonders der soziologische Hintergrund zu betrachten: Die aktiven Wähler und Delegierten waren diejenigen, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Zentralregierung favorisierten; die Unabhängigen engagierten sich meist nicht. Typisch war beispielsweise der Rat Jeffersons an einen jugendlichen Freund, sich nicht für das nichtswürdige Geschäft der Politik aufzureiben.

Bürgerkriegszeit und Entstehung des US-Anarchismus

Eine wechselvolle, nicht einheitlich interpretierte Geschichte folgt bis zur Situation des Bürgerkriegs. Andrew Jackson [US-Präsident 1829-1837] wird z. B. von Goodman negativ einge-

schätzt als jemand, der mit der Massendemokratie Jeffersons Ideal der lokalen Selbstverwaltung zerstörte, von Rothbard jedoch positiv gesehen als jemand, der zentralstaatliche Institutionen bekämpfte und sogar die Bundesbank abschaffte.

Der Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 ist ein heikles Thema für Revisionisten, da sie selbstverständlich Gegner der Sklaverei sind und darum keineswegs den südstaatlichen Anlaß, aus der Union auszutreten, akzeptieren können. Aber ebenso wie konsequenter Anti-Imperialismus eine Intervention selbst dann ablehnt, wenn die intervenierende Nation das Volk oder Teile des Volks der angegriffenen Nation zu befreien vorgibt, so muß die militärische Verhinderung des historisch gesehen legalen Austritts der Südstaaten aus der Union verurteilt werden, obwohl die südstaatliche Sklavenhaltung gleichfalls gemessen an den Jeffersonschen Werten illegal war. Überdies war die Sklavenfrage Ideologie, nicht Inhalt des Kriegs; vielmehr war Kriegsgegenstand die steuerliche Ausbeutung des Südens durch den Norden. Ganz »nebenbei« konnte Lincoln im Bürgerkrieg noch zwei andere Ziele verwirklichen, nämlich die Zerschlagung der Autonomie der nicht-monogamen Mormonen und eine Landnahme bei Indianergebieten, die Genozid-Charakter hatte. In der Bürgerkriegszeit sind mehr Indianer als weiße Soldaten beider Seiten getötet worden.

Exkurs: Jeffersons Haltung zur Sklavenfrage

Die Jefferson-Biographie von P. Nicolaisen (Reinbek 1995) erzeugt den Eindruck, daß Jefferson trotz seiner prinzipiellen Ablehnung der Institution der Sklaverei Neger als minderwertige Menschen klassifiziert sehen wollte. Dies macht Nicolaisen besonders an dem Umstand fest, Jefferson habe für die befreiten Schwarzen »Deportation« und Ansiedlung an einem von den Weißen separierten Ort vorgesehen. Dies ist der Inhalt eines Gesetzentwurfs, den Jefferson 1769 in Virginia durchsetzen wollte und den er in seinen »Notes on the State of Virginia« von 1787 sowie in seiner Autobiographie von 1821 als Lösung der Sklavenfrage bekräftigt hat.

Zweifellos sind besonders in den »Notes on the State of

Virginia« (Query XIV) eine Reihe von Bemerkungen enthalten, die Jeffersons persönliche Abneigung gegen Schwarze belegen. Um so bemerkenswerter ist, daß seine politische Lösung alles andere als diskriminierende Elemente enthält.

Bei der Ansiedlung der befreiten Sklaven handelt es sich nicht um die Bildung eines Reservates. Die Neger sollten nach Jeffersons Meinung mit Waffen (!) und mit den für die Ansiedlung nötigen Werkzeugen ausgestattet werden. Diese Grundausstattung war als Kompensation für das zugefügte Leid gedacht.

Die Notwendigkeit räumlicher Trennung von Schwarzen und Weißen begründete Jefferson auf zwei Ebenen: Die erste Ebene bestand einerseits in den (auch bei Jefferson selbst) »tiefsitzenden Vorurteilen der Weißen« den Negern gegenüber und andererseits in den »zehntausenden von Erinnerungen« der ehemaligen Sklaven an das »erlittene Unrecht«.

Die zweite Ebene ist für die Einschätzung des Jeffersonschen Ideals der Gesellschaft entscheidend: Die Neger sollten um der »gleichen Freiheit« willen eine »eigene Regierung« bilden. Als Sklaven waren die Neger an der Konstitution der »weißen« USA nicht beteiligt. In Jeffersons Demokratieverständnis reichte es für die Herstellung einer Gleichberechtigung nicht aus, als Wähler zugelassen zu sein. Vielmehr war es notwendig, über die Form der Regierung selbst mitentschieden zu haben. Folglich bedeutete für ihn die bloße Freilassung der Sklaven und ihre Integration in die vorhandene politische Struktur noch keineswegs, Gleichberechtigung gewährt zu haben.

Gleichberechtigung der ehemaligen Sklaven wäre Jefferson zufolge erst dann erreicht, wenn diese mit der Fähigkeit ausgestattet würden, sich durch Waffen selbst zu verteidigen und sich eine eigene politische Konstitution zu geben. In diesem Sinne ist Jefferson näher an den militanten »Black Panthers« als an dem integrativen Martin Luther King.

Die Entstehung des amerikanischen Anarchismus
Die Bürgerkriegszeit war auch der Kristallisationspunkt in der

Entstehungsgeschichte des amerikanischen Anarchismus. Anarchismus wird von vielen bürgerlichen Historikern für ein eher europäisches, besonders südeuropäisches und russisches Phänomen gehalten, das erst Anfang des 20. Jahrhunderts durch Emigranten wie John Most, Emma Goldman und Alexander Berkman und durch italienische Einwanderer wie Sacco und Vanzetti zu einem kurzen, unbedeutenden Zwischen spiel in die USA »importiert« worden sei.

Die Arbeiten von Eunice Schuster (1932), James J. Martin (1953), William O. Reichert (1976), David DeLeon (1978), Paul Avrich (1978) und Margaret Marsh (1981) beweisen dagegen, daß es in Amerika eine eigene Tradition anarchistischer Theoriebildung gibt. DeLeon stellt gar die These auf, Anarchismus sei die dem amerikanischen Nationalcharakter entsprechende Form von Radikalismus, womit er durchaus das Selbstverständnis von Voltairine de Cleyre, James J. Martin, Paul Goodman, Murray Rothbard und Wendy McElroy trifft. Während in europäischen Ländern mit anarchistischer Massenbewegung eine klare Frontstellung zwischen dem revolutionären Potential und den etablierten Kräften vorlag, reicht in Amerika anarchistisches Gedankengut noch heute bis ins höchste Establishment.

Als Beispiel mag der Pädagoge, Journalist und Politiker Felix Morley dienen, einst Präsident des Haverfort College und Herausgeber der »Washington Post«, sowie bekannter Sprecher des konservativen Flügels der Republikanischen Partei, der sich ohne weiteres auf Peter Kropotkin beziehen kann und trocken feststellt: »Während der Mensch von seinem Schöpfer mit einem moralischen Gefühl ausgestattet wurde, hat der Staat, der von Menschen gemacht wurde, kein solches.« 1976 schrieb Morley ein zustimmendes Vorwort zu einer Sammlung von Essays, die von den Libertären Leonard Liggio und James J. Martin herausgegeben wurde, in der marxistische, anarchistische, libertäre und pazifistische Autoren die Ursprünge des amerikanischen Imperialismus im New Deal nachwiesen.

Ein anderes Beispiel: Milton Friedman, Berater mehrerer

konservativer Präsidenten, erklärt, daß er sich lieber »Anarchist« als »Konservativer« nennen lassen würde.

Zwei Linien führten in den amerikanischen Anarchismus: Die eine Linie repräsentieren Denker wie Henry D. Thoreau und der noch radikalere Lysander Spooner, deren Ablehnung der Sklaverei gleichzeitig eine Ablehnung des Staates implizierte. Sie lehnten die Sklaverei ab, weil für sie die Selbstbestimmung des einzelnen das höchste politische und soziale Gut darstellte; in den staatlichen Institutionen erblickten sie die Fortsetzung der Sklaverei mit anderen Mitteln. – Die andere Linie repräsentieren Praktiker wie Josiah Warren, die aus der sozialistisch-owenitischen Siedlungsbewegung kommend zwei Erkenntnisse hatten: nämlich erstens, daß im kollektivistischen Ideal des Sozialismus eine ungeahnte neue Tyrannei liege und zweitens, daß staatliche Maßnahmen und Einrichtungen soziale Experimente unmöglich machten oder zerstörten, Maßnahmen und Einrichtungen, die die wirklichen Ursache der Armut seien, z. B. das Geldmonopol; insofern schien ihnen der Kampf gegen den Staat vordringlicher zu sein als die Entwicklung »neuer« Lebensformen.

Sozialstaat als »reaktionärer Triumph«

Die Zeit nach dem Bürgerkrieg ist die Epoche, in welcher der erreichte Grad an Zentralisation und staatlicher Kontrolle über Gesellschaft und Wirtschaft konsolidiert wurde. Die nächsten beiden Schübe der Zentralisation waren die »Progressive Era« (1900-1918) und das »New Deal« der 1930er Jahre. Welche der beiden Phasen für entscheidender zu halten ist, ist umstritten. In der »Progressive Era« wurde die Ideologie geformt: Unter dem Schutzmantel angeblich sozialer Reformen wurde die Verstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft betrieben; vor allem hat der Staat gegen die widerstrebenden Kräfte des Marktes die Monopolisierung der Wirtschaft durchgesetzt und schließlich den ersten Weltkrieg für diesen Zweck instrumentalisiert. Doch das »New Deal« ging in allem weiter. Es gibt noch einen Unterschied: Die »Progressive Era« ist formal-demokratisch gesehen untadelig, während im »New

Deal« Täuschung, Lüge und Betrug zum politischen Alltag gehörten. Dies gilt besonders bei der Frage des Eintritts in den zweiten Weltkrieg. Schon von seinen zeitgenössischen Gegnern ist das »New Deal« als »faschistisch« bezeichnet worden, etwa von dem Isolationisten Robert A. Taft und dem Konservativen John T. Flynn.

Amerikas Eintritt in den zweiten Weltkrieg war weder unumgänglich noch von edlen antifaschistischen Motiven gekennzeichnet, sondern ein von der Regierung unter Franklin D. Roosevelt planmäßig hinter dem Rücken der Bevölkerung herbeigeführtes Ereignis, um Zentralismus nach innen und Imperialismus nach außen zu festigen. Meinte Charles Beard 1948 noch, Roosevelt vor der Geschichte politisch-moralisch zu erledigen, indem er nachwies, daß dieser den Kriegseintritt zielstrebig vorbereitet habe, während er den Wahlkampf unter dem isolationistischen Motto führte, legten Roosevelts Verteidiger gerade dies ihm als Leistung aus: Indem Roosevelt – so sagten seine Verteidiger – für das »Notwendige« die Zustimmung des Volkes und Parlaments eingeholt habe, wenn auch durch Verschleierung der Wahrheit, sei er als großer demokratischer Politiker ausgewiesen.

Mit der Art, wie Roosevelt den Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg betrieb, und mit der Umdeutung des Inhalts demokratischer Politik durch die »court historians« ist die Entwicklung der USA zum »liberalen Korporatismus« abgeschlossen. Verstaatlichung des Lebens, staatlich forcierte Monopolisierung der Wirtschaft, Militarismus und Imperialismus unter der Ideologie, soziale Belange zu fördern, den Weltfrieden zu befördern und Demokratie zu verbreiten, gehen bis heute Hand in Hand.

Gleichwohl entspricht diese Entwicklung nicht dem Willen »der« Amerikaner. Weite Teile des amerikanischen Volkes identifizieren sich nicht mit dem, was »Washington« (die Regierung) tut oder fühlen sich von »Washington« kolonialisiert. Diese Haltung geht quer durch alle Schichten von den Armen bis zu den Reichen, durch die ethnischen Minderheiten und Mehrheiten und durch die religiösen Konfessionen.

These zum Scheitern der USA

Hatte die »Quasi-Anarchie« der USA eine Chance? Ist sie an ihrer eigenen Instabilität gescheitert?

Die Antwort der libertären Theorie lautet: Nein.

Der liberale Historiker Lord Acton hatte in seinem Versuch, die Sezession der Südstaaten-Konföderation zu rechtfertigen (1866), ohne gleichzeitig deren Sklaverei gutzuheißen, die Behauptung aufgestellt: Obgleich die Sklaverei eine abscheuliche Institution sei, habe sie sich gleichwohl segensreich ausgewirkt, denn sie habe die Gesellschaft der Konföderation vor der verhängnisvollen Ideologie der Gleichheit bewahrt.

Leider ist es in Wahrheit genau umgekehrt: Es kann keine Sklavenhaltergesellschaft geben, die nicht zu einem wachsenden Staat führt. Die »Quasi-Anarchie« nach der amerikanischen Revolution galt nur für die *weißen* Bewohner des Kontinents. Die Institution der Sklaverei hat unausweichlich zum Ausbau des Staates gezwungen: Da Sklaverei keine Legitimität im nicht-staatlichen Recht erlangen kann, müssen die Sklavenhalter bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf das positive Staats-»Recht« zurückgreifen. Alles weitere folgt daraus.

Nietzsche hat gezeigt, daß die gleichsam aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Sklaven im Laufe der Zeit immer stärker werden, bis sie die Ordnung der Sklavenhalter zerstören. Damit aber bringen sie ihre Sklavenmoral zur Herrschaft, die eine Moral der Gleichheit ist – eine Gleichheit, wohlgermerkt, die durch Herrschaft, also Ungleichheit, hergestellt wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten keine Chance. Leider. Aber auch: Selbst Schuld.

Libertäre Illusionen

- **Der Staat ließe sich bekämpfen, indem man auf die Wahrheit hinweise:** Dies ist eine Illusion, weil nicht Irr-

tum die Grundlage des Staates bildet, sondern Ideologie, also Verschleierung des Interesses, Ausbeutungsprofit zu machen.

- **Der Staat ließe sich auf seine »eigentlichen« Aufgaben, Gewährung von Sicherheit und Rechtsprechung, reduzieren** (Minimalstaats-Position, »Minarchismus«): Das ist eine Illusion, weil die *eigentliche* Aufgabe des Staates die Ausbeutung ist. Alles weitere ist ideologischer Überbau.
- **Der Staat ließe sich durch eine Verfassung begrenzen:** Das ist eine Illusion, weil die Verfassung nicht das wirklich konstituierende Element des Staates darstellt, sondern seine Ausbeutungsfunktion. Die Verfassung ist nichts als ein Teil der Ideologie.
- **Der Staat ließe sich mit Hilfe des demokratischen Verfahrens begrenzen:** Das ist eine Illusion, weil jede Beteiligung am demokratischen Verfahren bedeutet, daß man sich schon auf den Verteilungskampf eingelassen hat.
- **Die Macht des Staates ließe sich durch Sezessionsbestrebungen begrenzen:** Das ist eine Illusion, weil die Sezession zur Konstitution eines neuen, kleineren Staates führt, nicht zu einer Verringerung der Staatsmacht schlechthin.
- **Der Staat ließe sich durch einen einfachen Akt der Revolution »beseitigen«:** Das ist eine Illusion, weil der Staat so weit in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingegriffen hat und diese formiert, daß ihn zu »beseitigen« vorderhand heißt, die Menschen zu beseitigen.

Die Libertären müssen neue Wege finden, um für ein menschenwürdiges Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand eintreten zu können.